

In den Sand gesetzt: Soziale Probleme im Neubaugebiet Großer Dreesch in Schwerin

Weiske, Christine; Schäfer, Uta

Postprint / Postprint

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weiske, C., & Schäfer, U. (1993). In den Sand gesetzt: Soziale Probleme im Neubaugebiet Großer Dreesch in Schwerin. In *Jahrbuch Stadterneuerung 1993* (S. 111-123). Berlin: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-78511-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier:

<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more information see:

<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Christine Weiske, Uta Schäfer

In den Sand gesetzt - Soziale Probleme im Neubaugebiet Großer Dreesch in Schwerin

Der Große Dreesch ist das größte Schweriner Neubaugebiet. In ihm leben rund 54 000 Einwohner/innen in knapp 19.000 Wohnungen. "Dreesch" bedeutet plattdeutsch soviel wie Dreck bzw. Sand, der deswegen so abwertend benannt wird, weil er kaum Erträge für den Ackerbau verspricht. Für den Namen des Gebietes wurde die alte Flurbezeichnung übernommen.

Bereits in den 60er Jahren begannen die Planungen zum Großen Dreesch. Nicht das Wachstum Schwerins aus sich heraus war dafür der Auslöser - vielmehr sollte Schwerin als Verwaltungszentrum und als zukunftssträchtiger Industriestandort im Rahmen der Kooperationsverflechtungen des RGW entwickelt werden. Daher war die Neuansiedlung von Fachkräften - vor allem aus Sachsen - nötig. Der Truppenübungsplatz an der Ludwigsluster Chaussee wurde nach harten Auseinandersetzungen mit der NVA, die dieses traditionelle Armeegelände nicht aufgeben wollte, als Wohnungsbaustandort ausgewählt und ausgewiesen. Die Nähe zum Industriegebiet Süd und zu den Naherholungsgebieten waren die entscheidenden Argumente dafür. Der Große Dreesch wurde als vollkommen neuer Stadtteil geplant, vorerst die Teile I und II, die Erweiterung um den Teil III kam auch konzeptionell später hinzu. Er entspricht den Leitbildern und Idealen des modernen Städtebaus der 60er und 70er Jahre, beeinflusst vom Wohnungsbauprogramm der DDR nach der "Komplexrichtlinie" und dem Primat der Bautechnologie (vgl. Hoscislawski, 1991: 245 ff). Damit kann der Große Dreesch als ein Beispiel für andere große Neubaugebiete in den neuen Bundesländern gelten.



Schwerin, Großer Dreesch 1991 (Foto: Hans W. Mende, Berlin)

Die folgenden Überlegungen gehen auf eine soziologische Untersuchung zurück, die unter Leitung der Autorinnen von 12 Student/inn/en der HAB Weimar im Auftrag der Stadt Schwerin im Sommer 1991 durchgeführt wurde. Neben Expert/inn/engesprächen, verschiedenen Beobachtungsformen und Fallstudien bei typischen Dreesch-Bewohner/inne/n führten wir eine Befragung von 196 Einwohner/inne/n des Gebietes durch. Darüber hinaus flossen in die Argumentation Erfahrungen aus weiteren, noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen in ostdeutschen Neubaugebieten ein.

1. Der hohe Wert der Wohnung

Der oft konstatierte und beklagte "Verlust an Urbanität" in den sozialistischen Städten beschreibt die Sinnentleerung der städtischen öffentlichen Räume, ein Phänomen, das schleichend um sich griff. Gerade in den Neubaugebieten kam es zu der paradoxen Situation, daß "städtebaulich-architektonisch betont - Gebäude und Anlagen der Bildung, Kultur und Erholung, der Tagungen, Kongresse und Begegnungen, also zentrale Einrichtungen gesellschaftlicher Kommunikation angeordnet sind" (Flierl, 1991: 59), ohne daß urbane Kommunikationsgepflogenheiten kultiviert worden wären. Diese zentralen städtebaulichen Anlagen für die Öffentlichkeit sind der materielle Ausdruck einer Fehldeutung der Gesellschaft von sich selber. Die sozialen Orte der Öffentlichkeit wurden physisch errichtet, waren aber sozial nicht erfüllt oder ausgefüllt - waren leere Räume.

Es gab einen wirklich wichtigen sozialen Ort, das war die Wohnung. Sie war und ist gerade der eigene Ort. Die Grenze nach außen ist enorm wichtig, das Heraushalten von Fremdem, gerade wenn es bedrohlich wird, entspricht einem großen Bedürfnis nach Sicherheit. Wenn also von den Dreesch-Bewohner/inne/n die Frage nach der Zufriedenheit mit der Wohnung beantwortet wurde, dann wurde damit nicht nur etwas über die Qualität der Wohnung gesagt, sondern es geht um den Wert des eigenen Ortes, mit dem sich das Recht auf Dasein und Verfügung verbindet. Auf dem Großen Dreesch waren 50% der Befragten mit ihrer Wohnung zufrieden, 30% machten Einschränkungen und 20% waren ausdrücklich unzufrieden.

Als Vorzüge der Wohnungen wurden angesehen:

- der Komfort der Wohnungen (Heizung und Warmwasser),
- die landschaftliche Umgebung des Gebietes,
- der Wohnungsgrundriß und die Raumgröße.

Als Nachteile wurden benannt:

- Baumängel und Verschleiß der Substanz,
- Platzmangel,
- Lärmbelästigungen, hauptsächlich durch Verkehrslärm.

Auch diese Argumente sind dem Inhalt nach bekannt, sowohl den Planer/inne/n als auch den Soziolog/inn/en. Sie bilden die Realität ab und drücken eine kulturell bedingte Erwartungshaltung der Befragten aus. Das Erstaunliche daran ist u.E. die Bereitschaft, die Vorteile so schwer zu wiegen und die Nachteile eher zu bagatellisieren. Einen hohen Wert hat die Wohnung für diejenigen, die keine Alternative suchen bzw. keine Alternative haben. Sie sehen sich im Besitz einer Wohnung, die ihnen niemand streitig macht - jedenfalls vorläufig nicht. Damit behält die Neubauwohnung eine gewisse Garantie für soziale Sicherheit - die macht den hohen Wert in starkem Maße aus, immerhin für mehr als die Hälfte der Befragten. Dieses Abschätzen einer gewissen Garantie für Sicherheit wird durchaus geknüpft an

die Geschichte des Neubaugebietes, an die Ideologie des Bauens, soweit sie die Rolle des Staates dabei betrifft. Das paternalistische Verständnis des sozialistischen Staates von Sozialpolitik hat solche Neubaugebiete sowohl in ihrer jeweiligen Qualität wie in ihren quantitativen Dimensionen l nderweit erst ermoglicht. Der Staat kann sich nun - selbst wenn es inzwischen ein anderer ist - schwerlich aus seiner paternalistischen Position zurückziehen. Die Leute rechnen auf die Kontinuität staatlicher Verantwortung.

Ein Scheinwert wird eine solche Wohnung dann werden, wenn sich der Staat trotz aller Erwartungen von dieser "geerbten" Verpflichtung distanziert. Dann werden aus den Nachteilen der Wohnungen Probleme, die formaljuristisch zwischen Mieter und Vermieter liegen, real aber nicht zwischen beiden geklärt werden können. Der gegenwärtige politische Umgang mit den ostdeutschen Neubaugebieten läuft auf die Subventionierung sowohl der Mieter als auch der Vermieter hinaus. Damit wird der Status quo der planwirtschaftlichen Wohnungspolitik, der die Passivität der Beteiligten begünstigt, trotz eines veränderten Rechtsrahmens weitergeführt. Spätestens bei anstehenden Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten sind die beteiligten Akteure gezwungen, den Status quo zu überwinden. Deswegen müssen Stadterneuerungskonzepte für diese Gebiete weit mehr als die Beseitigung baulicher und technischer Mängel beinhalten.

Diese Mängel finden ihren Ausdruck in den genannten Nachteilen der Wohnungen: die Aufzählung der Bauschäden und des Verschleißes bei Fenstern und Dächern, die mangelnde Wärmedämmung, der unzureichende Schall- und Feuchtigkeitsschutz, die ineffektiven Heizungen, die fehlenden Meßeinrichtungen für Wasser und Wärme zeigen, daß sich ein Sanierungs- und Erneuerungsbedarf aufgestaut hat, der nur schwer abzutragen ist. Die rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit dem z.T. ungeklärten Eigentum an Grund und Boden wirken sich direkt auf die Wohnsituation aus, weil sich die Wohnungsgesellschaften somit auf dem Kapitalmarkt kein Geld für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen beschaffen können. Hinzu kommt die Belastung mit den "Schulden" gegenüber der Staatsbank der DDR, die auf die Eigentümer umgelegt worden sind. Wenn nach Ablauf des Moratoriums dafür der Kapitaleinsatz einsetzen sollte, steigen die Mieten um einige Mark pro Quadratmeter. Die neuen Eigentümer müssen es außerdem erst lernen, ihre Rolle als Akteure auszuf llen. In Schwerin waren das zum Untersuchungszeitpunkt die Kommunale Wohnungsgesellschaft Schweriner Wohnungsverwaltung und die Schweriner Wohnungsgenossenschaft e.G. Aus der Optik der Beobachterinnen gesprochen schienen die Genossenschaft und ihre Wohnungswirtschaftler/innen besser in der Lage zu sein, sich ihren Handlungsspielraum zu gestalten und zu raschen Entscheidungen im Interesse ihrer Mieterschaft zu kommen. Für die Mieter/innen in beiden Eigentumsformen waren noch keine unterschiedlichen Auswirkungen der Eigentumsverhältnisse auf ihre Lage zu bemerken.

Auf das Wohnumfeld und seine Nutzungen haben die rechtlichen Unsicherheiten des Eigentums und damit der Kompetenz zur Regulierung einen direkten Einfluß. Die Verwahrlosung des Außenraumes ist eine der Folgen. Verträge zur Pflege von Vorgärten und Grünanlagen zwischen Hausgemeinschaften oder Einzelpersonen und der KWV (Kommunale Wohnungsverwaltung) sind hinfällig geworden, da die Wohnungsgesellschaften keine Verträge über den rechtsunklaren Außenraum verlängern. Mitunter pflegen die Leute die Gärten weiter und setzen zur Pflege der Vorgärten private Gelder ein. Mitunter haben sie auch resigniert, können sich vor den  bergreifen R cksichtsloser nicht mehr sch tzen, weil sie mit dem Vertrag die definierte Verantwortung für die Gärten oder Grünflächen verloren haben. Das verbreitetste  bel zum Untersuchungszeitpunkt war, Flächen einfach als Parkpl t-

ze "umzuwidmen". Die Autos wurden mit in die Innenhöfe genommen, wo sonst Spielplätze, Wäschetrockenplätze oder Wiesen waren, und direkt unter dem Schlafzimmer abgestellt. Dieses Verhalten ist nicht nur mit dem Mangel an PKW-Abstellplätzen erklärbar, sondern wurde auch als eine Vorsichtsmaßnahme gegen Übergriffe von Dieben oder Randalierern benannt. Mit der Verunsicherung sozialer Beziehungen werden auch räumliche Strukturen aufgeweicht, um sie neu zu widmen. Für die Neubaugebiete heißt das, daß die Straße näher an die Wohnungstür heranrückt. Durch rechtliche Unklarheiten löst sich der gemeinschaftlich genutzte und gepflegte Raum zwischen Haustür und Straße auf und wird dem öffentlichen Stadtraum zugeschlagen. Mit der persönlichen Verunsicherung durch die Arbeitslosigkeit, die Infragestellung persönlicher Beziehungen usw. verringert sich die psychische Reichweite in einem ganz raumbezogenen Sinne. Damit steigt der Stellenwert der Wohnung als ein selbstdefinierter Ort, an dem auch die Möglichkeit besteht, sich vor Unwägbarkeiten abzuschotten.

2. Der faule Frieden mit dem Gebiet

Schwerin ist eine Stadt, die von ihren Einwohner/inne/n geschätzt und geliebt wird. Die Leute können für ihr eigenes Selbstwertgefühl vom Image der Stadt zehren; sie haben das Gefühl, das trägt sie ein Stück mit. Der weitaus größte Teil der Befragten fühlte sich zu Hause in Schwerin, nur 10% machten Einschränkungen oder fühlten sich nicht wohl. Es ist zu vermuten, daß im Sommer 1991 diejenigen, die gehen wollten, auch schon weg waren. Aber von denen, die befragt worden sind, fühlten sich die allermeisten an die Stadt gebunden, weil sie überzeugende Qualitäten aufzuweisen hat (s. Abb. 1). Der stärkste Bindungsfaktor war die landschaftliche Umgebung der Stadt, die zwischen Wäldern und Seen liegt. Es folgten in der Gewichtigkeit die Bindung durch die Stadt Schwerin insgesamt, dann die Qualität von Klima und Luft. Die Charakteristika dieser Stadt werden als Lebenswerte bezeichnet und als Ressource geschätzt.

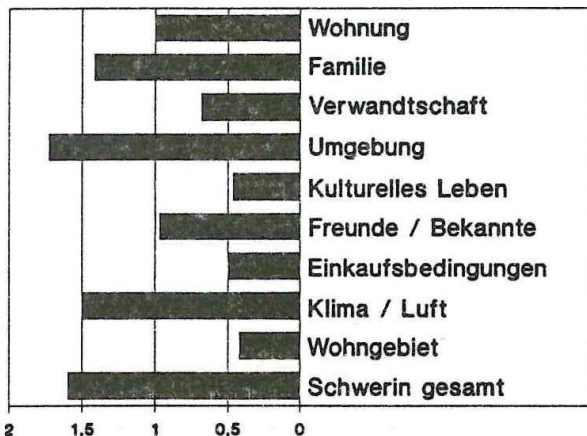


Abb 1.: Bindung an Schwerin durch:
(Mittelwerte aus einer 5-stufigen Skala von + 2: "stark bindend" bis -2: "Bindung lösend")

Die bedeutungsschweren Orte in der Stadt, von denen diese Bindungskraft ausgeht, widerspiegeln diese Charakteristik einer Stadt zwischen Seen. Das Schloß und der Schloßgarten erhielten die häufigsten Nennungen als Lieblingsorte der Befragten (104 Nennungen), danach wurde der Schweriner See (78) genannt, gefolgt von der Schweriner Innenstadt (17). Der Berliner Platz (9) und das Grüne Tal (8) waren die einzigen Orte im Neubaugebiet Großer Dreesch, die mehrfach benannt wurden.

Es wird deutlich, daß die Partizipation am positiven Image der Stadt nicht oder kaum über das Neubaugebiet läuft. "Die Stadt" ist etwas anderes als das Gebiet. Dort liegt zufällig die Wohnung. Das Gebiet ist in das Stadtbild der Befragten nur schwach integriert, es bleibt in gewisser Weise außerhalb, was mit der exterritorialen Lage am Rande der Stadt ja auch der Realität entspricht. Der Große Dreesch ist ein eigener Stadtteil, der auf sich bezogen geplant war, mit einem städtischen Unterzentrum und autarken Versorgungsnetzen, insofern funktioniert er auch nach Plan. Er bekommt von den Befragten unter allen Bindungsfaktoren den geringsten Wert zugeordnet. Dennoch sind die Dreesch-Bewohner/innen prinzipiell bereit, das Gebiet und damit ihre eigene Situation im Gebiet in einer zustimmenden und freundlichen Weise zu beurteilen. Es gab immerhin 414 Nennungen, die Vorteile des Gebietes beschrieben, und dagegen nur 291 Nennungen, die Nachteile ausdrückten, und das zu einer Zeit, als selbst seriöse Zeitungen die Neubaugebiete pauschal als die "Hochburgen der Partei" attackierten, als das Image der Neubaugebiete stigmatisierend auf seine Bewohner/innen übertragen wurde. Der meistgenannte Vorteil allerdings wurde wiederum von der landschaftlichen Umgebung des Gebietes (146) hergeleitet, ein Vorteil, den man mit allen anderen Schweriner/inne/n gemein hat, der dieses Neubaugebiet vor anderen städtebaulich ähnlichen auszeichnet. Der zweite Vorzug wurde in der Erreichbarkeit aller lebensnotwendigen Dinge gesehen (104), das verbindet sich mit dem dritten Vorzug, der Verkehrsgunst - vor allem auch durch die Straßenbahnbindung zur Innenstadt (68). Dann folgte der Vorzug, der im Neubau ("Das Haus ist neu") und im Komfort der Wohnungen gesehen wurde (25).

Die benannten Nachteile streuten thematisch viel weiter und lassen sich weniger gruppieren. Der Lärm im Gebiet war der am häufigsten genannte Nachteil (68). Die Lärmursachen sind unterschiedlich: Verkehrslärm von der Straße und neuerdings vom Innenhof, von der Straßenbahn, mitunter auch Lärm durch die Nachbar/inne/n. Als nächstes wurden die Parkprobleme (37) und die Anonymität des Gebietes (34) benannt, wodurch vermutlich die Desintegration des/der Befragten ausgedrückt wird. Als ein weiterer Nachteil wurde die hohe Dichte durch die Bebauung (19) angesprochen, wodurch die Nachbar/inne/n sich eng auf dem Pelz sitzen. Die Verkehrsprobleme des Gebietes (12) und der Mangel an Spielplätzen (11) folgten in der Aufzählung der Nachteile. Alle weiteren Nennungen (110 insgesamt) gingen dann auf ganz individuelle Problemlagen ein, die als Nachteile gewertet wurden. Sie wurden von den Bewohner/inne/n auf der ganz realen Ebene der gegenwärtigen Alltagserfahrung konstatiert.

Die existentiellen Nachteile, die das Gebiet als Wohngebiet in Frage stellen können, hängen mit den Eigentumsverhältnissen, mit der maroden technischen Infrastruktur, mit den Altschulden, mit dem Sanierungsstau, mit dem professionellen Selbstverständnis der Wohnungsunternehmen als Vermieter zusammen. Diese Entwicklungsprobleme von Neubaugebieten sind eine starke Form der Entfremdung der Bewohner/innen von ihren eigenen Lebensbedingungen, weil sie sich der Gestaltung entziehen. Die Abhängigkeit von Staat und Kommune wurde von den Befragten als Sicherung interpretiert, deshalb tauchte diese Abhängigkeit unter den Nachteilen des Gebietes in keiner Weise auf. Sie wurde als Betroffenheit nicht oder noch nicht verbalisiert.

Im Gegensatz zu der durchaus nicht negativen Einschätzung der funktionellen Qualitäten des Gebietes markiert sich eine latente Umbewertung auf der emotionalen Ebene. Der Kurvenverlauf des Polaritätenprofils (s. Abb. 2) belegt eine weitgehend negative emotionale Bewertung des Gebietes. Unwohlsein, Ablehnung und Verunsicherung werden emotional

registriert, brauen sich zusammen, ehe sie ins Bewußtsein gehoben werden. Noch gehen Fremdurteil und Selbsturteil über das Gebiet auseinander, es ist aber nicht so, daß der Gewöhnungseffekt an die sozialen und ästhetischen Charakteristika eines Neubaugebietes gewissermaßen blind macht für dessen Tristesse. Auf der emotionalen Ebene nahmen die Leute im Neubaugebiet ihre Lebenssituation sehr genau wahr - es ist eine Frage der Zeit, eine Frage der alternativen Lebenspläne und eine Frage der Tiefe der kommenden Konflikte, wann diese kritischen Stimmungen auf die argumentative Ebene geholt werden.

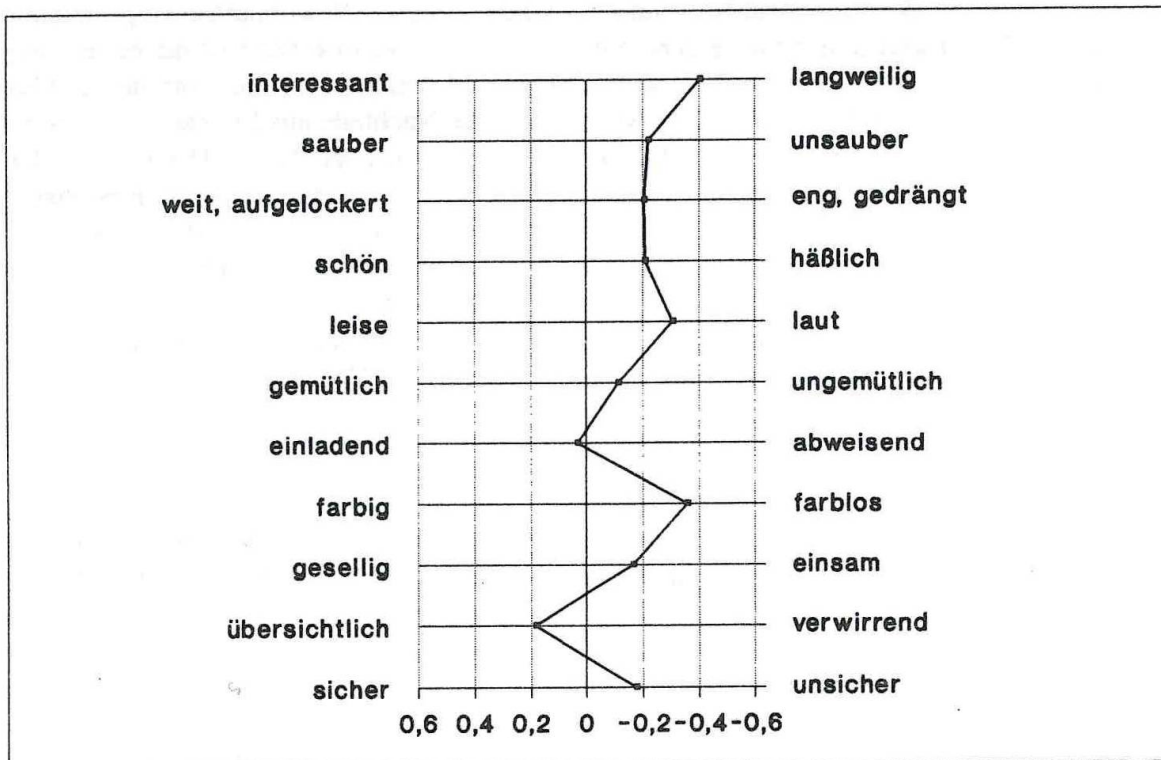


Abb. 2: Polaritätenprofil (Mittelwerte aus einer 3-stufigen Skala von -1 bis + 1)

3. Beziehungsweisen

Der Zusammenbruch der DDR konfrontierte die Menschen mit einer Vielzahl bisher unbekannter Situationsanmutungen, die als Handlungsanforderungen vor den Betroffenen stehen. Mit der Polarisierung der Gesellschaft in Arbeitende und Arbeitslose, dem Ersatz subventionierter Versorgungs- und Betreuungsleistungen durch kommerzielle Angebote oder Dienste in freier Trägerschaft sowie dem Entzug der politischen Legitimation ehemaliger gesellschaftlicher Organisationen verloren bislang übliche Gelegenheitsstrukturen zur Knüpfung und Etablierung sozialer Beziehungen ihre Bedeutung. Da Ersatzangebote sich nicht in erster Linie an dieser "angenehmen Nebenwirkung" aufgelöster Institutionen orientieren (können), sind Auswirkungen davon auch im privaten Nahbereich des Alltagslebens der Betroffenen prognostizierbar: Entweder es muß mit entsprechenden zeitlichen und monetären Kosten ein höheres Maß an bewußter Beziehungspflege als vorher aufgebracht werden, und/oder bisherige Beziehungen brechen zusammen und müssen durch neue ersetzt werden.

Bei den privaten sozialen Beziehungen der Dreesch-Bewohner/innen, für die ein bewußter Aufwand notwendig ist - z.B. sich verabreden, etwas Gemeinsames unternehmen, eine Hil-

leistung geben oder erhalten -, lag im Sommer 1991 der Schwerpunkt auf Beziehungspflege mit Verwandten, Freund/inn/en und - eingeschränkt - Nachbar/inne/n. Dabei nahm die Bedeutung der Verwandten mit steigendem Lebensalter zu, die von Freund/inn/en dagegen ab.

Tab. 1: "Wie oft treffen Sie sich auf privater Ebene mit ..."

	Verwandten	Freunden	Nachbarn	Kollegen
mehrmals pro Woche	20 %	16 %	24 %	8 %
wöchentlich	28 %	19 %	9 %	6 %
1-2-mal im Monat	29 %	39 %	11 %	24 %
seltener, nie	23 %	26 %	56 %	62 %
Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %

3.1. Nachbarschaftsbeziehungen

Die Nachbarschaftskontakte waren bei alten Menschen und bei jungen Familien mit kleinen Kindern am ausgeprägtesten. Diese Bevölkerungsgruppen sind aufgrund ihrer Stellung im Lebenslauf in stärkerem Maße als andere auf Hilfeleistungen angewiesen, die außerhalb der Nachbarschaft nur mit übermäßig hohem Aufwand erhältlich sind, wie z.B. Unterstützung bei der Kinderbetreuung oder das Erledigenlassen von Besorgungen.

Tab. 2: "Fühlen Sie sich in Ihre Nachbarschaft eingebunden?"

ja	43 %
teilweise.....	32 %
nein.....	25 %
Prozent	100 %

Für vier Fünftel der befragten Dreesch-Bewohner/innen war dieser Zustand der von ihnen gewollte. In dem Sechstel der Befragten, die sich eine stärkere Einbindung in nachbarschaftliche Kontakte gewünscht hätten, waren allerdings überdurchschnittlich viele Angehörige "kritischer" Jahrgänge, die ihre Arbeitsverhältnisse als ungesichert angaben. Sowohl die Gruppe der 30- bis 40jährigen, als auch die der 50- bis 65jährigen sehen sich in stärkerem Maße als andere mit Entscheidungen konfrontiert, die die bisherige Kontinuität des Lebenslaufes durchbrechen. Während die einen sich in einem Alter, in dem man sich in der DDR gerade "eingerichtet" hatte, einen völlig neuen Platz (auch räumlich) im Berufsleben suchen müssen und auch noch die Chance dazu haben, steht vor den anderen die Notwendigkeit, sich vorzeitig damit auseinanderzusetzen, im Arbeitsleben nicht mehr gebraucht zu werden. Gerade in solchen Krisensituationen kann es zur Umbewertung bisheriger Handlungsweisen und damit verbundener Beziehungsstrukturen kommen.

Die Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen war - je nach sozialer Zusammensetzung der Bewohner und der Grundrißlösungen der Blöcke - von Hof zu Hof verschieden. Einerseits gab es noch funktionierende Hausgemeinschaften "sozialistischen Stils", deren Mitglieder gemeinsam die Vorgärten pflegten, sich gegenseitig unterstützten und auch gemeinsam

feierten. Andererseits gab es auch nachbarschaftliche Bereiche, in denen diese Aktivitäten auf ein Minimum geschrumpft waren, sich teilweise sogar niemand mehr um die Einhaltung der Hausordnung kümmerte.

Tab. 3: *Gemeinschaftliche Aktivitäten in der Nachbarschaft (Mehrfachnennungen möglich)*

<i>Aktivitäten</i>	<i>Nennungen</i>
1. <i>keine</i>	78
2. <i>gegenseitige Hilfe</i>	45
3. <i>keine mehr nach der Wende (!)</i>	32
4. <i>Schwatzen</i>	31
5. <i>Arbeitseinsätze</i>	16
<i>weitere Nennungen</i>	66

Mit der Auflösung der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front als Sammelorganisation verschiedener Parteien und Massenorganisationen in der DDR und der damit einhergegangenen formalen Auflösung der Hausgemeinschaften als Institutionen wurden auch die gesellschaftlichen Träger für gemeinschaftliche Aktivitäten zur Verschönerung des Wohngebietes abgeschafft. Diese fanden vor der Wende vor allem im Rahmen des "Mach mit!"-Wettbewerbes "Schöner unsere Städte und Gemeinden" statt, dessen Organisation neben der Absicherung der "Wahlen" in der DDR die Hauptfunktion der Nationalen Front war (Akademie ..., 1985: 126 ff). Durch den Wegfall des organisierten Frühjahrsputzes und ähnlicher Aktivitäten sind die gemeinschaftlichen Beziehungen im engeren Wohnbereich jetzt auf das Maß zurückgegangen, welches von den Bewohner/inne/n der entsprechenden Blöcke tatsächlich gewünscht wird und mit ihren Begriffen von Gemeinschaft und Privatheit vereinbar ist.

3.2. Arbeitende und Arbeitslose

Direkt gesuchte Kontakte mit Kolleg/inne/n spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Das heißt aber nicht, daß es solche Beziehungen nicht gab, sondern deutet eher darauf hin, daß diese Beziehungen vorrangig an den Arbeitsplatz als Ort der Begegnung gebunden waren und nur in Ausnahmefällen persönlich so wichtig wurden, daß sie auch in der Freizeit gepflegt wurden. Nur etwa ein Drittel der Befragten im arbeitsfähigen Alter schätzte im Sommer 1991 den Arbeitsplatz noch oder bereits wieder als sicher ein. Da innerhalb der Arbeitskollektive meist auch Bindungen bestanden, die über die eigentlichen Arbeitsaufgaben hinausgingen, betrifft der mögliche oder bereits reale Verlust des Arbeitsplatzes sowohl die Identitätsebene als auch die soziale. Wenn Kolleg/innen in der DDR eher zur Peripherie der Beziehungsnetze gehörten, liegt es nahe, daß mit dem Wegfall des Begegnungsortes Arbeitsplatz die Kontakte zu ihnen zurückgehen.

Vor den Arbeitslosen, den Kurzarbeiter/inne/n, den Vorruehändler/inne/n steht damit auch die Aufgabe, ein früher nicht erlebtes Maß an freier Zeit so zu strukturieren, daß neue, anders befriedigende Bindungen eingegangen werden können und somit der Alltag als ein sinnvoller erlebt werden kann. Das erfordert, daß der Dreesch seinen Charakter als reines Wohngebiet, welches vor allem für die Nach-Feierabend-Freizeit funktionieren mußte, verändern muß. Als Alltagsraum, in dem - einschließlich einer in spätestens 15 Jahren überdurchschnittlich hohen Zahl von Altersrentner/inne/n - ein immer größerer Teil der Gebietsbevölkerung einen großen Teil des Tages verbringen wird, ist das Gebiet aber derzeit nicht geeignet.

3.3. Verfall institutionalisierter Gemeinschaftsformen

Vor der Wende bestanden - wie überall in der DDR - auch am Dreesch eine Vielzahl offizieller Organisationen, denen sich kaum jemand entziehen konnte. Der individuelle Lebenslauf ließ sich auch als ein institutioneller begreifen - von der Pionierorganisation über FDJ, Hausgemeinschaften usw. bis hin zur Volkssolidarität für die Gestaltung des Lebensabends. Diese Organisationen hatten eine Doppelfunktion inne: neben einer ideologieträchtigen auch - und das ist hier wichtig! - eine gemeinschaftsstiftende. Innerhalb solcher Organisationen wie der FDJ, dem DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands), den Hausgemeinschaften oder der Volkssolidarität war Raum für Aktivitäten, die mit Politik oftmals nichts zu tun hatten, sondern einer selbstbestimmten Freizeitgestaltung dienten.

Den meisten dieser Organisationen wurde mit dem Zusammenbruch der DDR ihre politische Legitimation entzogen und damit war auch der Zugriff auf Räume und Gelder nicht mehr wie in früherem Maße gewährleistet. Zumeist führten sie danach ein klägliches Restdasein in der Innenstadt. So waren zum Untersuchungszeitpunkt z.B. von ursprünglich 25 DFD-Gruppen am Dreesch nur noch 2 Gruppen des Demokratischen Frauenbundes e.V. übriggeblieben. Ähnlich sah es bei der Volkssolidarität aus. Durch die Neuordnung der Trägerschaften für die sozialen Dienste wurden der Volkssolidarität die Nutzungsrechte für die bisher von ihr genutzten Klubs am Großen Dreesch entzogen. Damit fielen auch Räume für Veranstaltungen von Rentnergruppen weg, da die meist sehr alten Mitglieder mit ihren geringen finanziellen (Beitrags-)Mitteln und ihrer Gewohnheit, daß vieles für sie erledigt wurde, oftmals nicht in der Lage waren, sich nach neuen Möglichkeiten umzusehen. Verschärfend kam die Überalterung der aktiven Mitglieder hinzu - für Jungrentner/innen und Vorrühständler/innen, die in der Lage wären, wieder etwas Schwung hineinzubringen, ist die Volkssolidarität nur wenig attraktiv. Gerade alten Menschen fällt es sehr schwer, sich an neues - z.B. die anders strukturierten Angebote für Rentner bei der Arbeiterwohlfahrt - zu gewöhnen.

Gemeinschaftsfördernde Angebote gab es zum Untersuchungszeitpunkt in der paternalistischen Tradition der DDR fast ausschließlich als Betreuungsangebote für

- Kinder, die allein noch nicht immer in der Lage sind, sich eigenständig das gesamte Gebiet als sozialen Raum zu erobern und zu gestalten,
- Jugendliche, die ihre ungestörten sozialen Räume einfordern und sie deshalb zugestanden bekommen,
- Rentner/innen, die sich allein nicht mehr in dem Maße versorgen können, welches sie wünschen,
- Behinderte, die in ihren Bewegungsräumen eingeschränkt sind, und für die deshalb der Dreesch als ein - zumindestens in Teilen - relativ behindertengerechtes Wohngebiet als Treffpunkt geeignet ist.

Die Gruppe der 25- bis 60jährigen erscheint gegenüber den Problemen der obengenannten Bevölkerungsgruppen als eine privilegierte, die potentiell durchaus selbst in der Lage wäre, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Daß dem nicht unbedingt so sein muß, ist inzwischen deutlich geworden.

Neben den realen funktionellen Gegebenheiten, Mängeln und Potentialen des Großen Dreesch wirkt das Eingebundensein in soziale Netze verschiedenster Art auf das Wohlbefinden im und damit die Identifikation mit dem Gebiet. Soziale Bezüge - Familie, Freundeskreise, Nachbarschaften, Arbeitsgruppen, informelle Gruppen, Vereine ... - sind (auch) Ver-

mittlungsglieder zwischen den einzelnen und größeren kommunalen und gesellschaftlichen Einheiten. Sie stellen den noch überschaubaren sozialen Bereich dar, der außerhalb der Ebene liegt, die durch Stadtplanung direkt beherrschbar wäre. Allerdings können durch Stadtplanung und ressortübergreifendes Handeln in der Stadtverwaltung Bedingungen geschaffen werden, die die (Neu-)Etablierung von Gelegenheitsstrukturen zur Entwicklung und Pflege sozialer Beziehungen im Gebiet befördern oder auch behindern können.

Damit soll nicht dem in der DDR üblichen Versorgungs- und Befriedungskonzept im Sinne von "Wir kümmern uns um unsere Menschen" das Wort geredet werden. Aber es ist nunmal eine Binsenweisheit, daß auch Eigeninitiative ihren Raum braucht. Die minimale Ausstattung des Dreesch mit "gesellschaftlichen Einrichtungen" laut "Komplexrichtlinie" - also 3 Jugendklubs, etwa 10 Gaststätten, kaum Sportanlagen, einer Schwimmhalle und den ressortspezifisch genutzten Kindereinrichtungen, Schulen und Schulsporthallen und Rentner-treffs - bietet diese räumlichen Möglichkeiten nicht. Andererseits ist die ohnehin übernutzte Neubauwohnung nicht auch noch als Treffpunkt für Kegel- und Gesangsvereine geeignet.

Ein kleiner Teil der Dreesch-Bewohner/innen nutzte zum Untersuchungszeitpunkt deshalb die räumlichen und organisatorischen Möglichkeiten, die in der Schweriner Innenstadt für solche Bedürfnisse bestanden. Damit fließt ein Aktivpotential aus dem Gebiet ab, welches perspektivisch als Vermittlergruppe zwischen der "schweigenden Mehrheit" der Bewohner/innen und einer bewohnerorientierten Stadtplanung gelten könnte.

4. Bleiben und Gehen

Für die mögliche Zukunft der Neubaugebiete, auch des Großen Dreesch, ist es von enormer Bedeutung, wer künftig in diesen Gebieten wohnen wird. Diese Überlegung bestätigt ganz eindringlich das Theorem von Georg Simmel, daß die Stadt eine soziologische Tatsache sei, die sich räumlich formt. Die sozialen Tatsachen haben sich mit der deutschen Einheit verändert, und damit kommt die Frage nach den räumlichen Neu- und Überformungen auf. Als Ergebnis eines Negativ-Scenarios taucht das Bild der Slums auf. Wie real ist die Gefahr des sozialen Abstiegs eines Stadtteils in der Folge von Abwanderung? Für den Großen Dreesch lassen sich die relevanten Daten in folgender Weise darstellen:

Tab. 4: Migrationsbereitschaft

	<i>Wer will bleiben?</i>	<i>Wer will wegziehen?</i>
	45% der Befragten	55% der Befragten
davon Frauen	66%	52%
Durchschnittsalter	52,3 Jahre	41,5 Jahre
Durchschn. Haushaltseinkommen (1991).....	1.873,00 DM	2.171,00 DM
<i>Familienstand</i>		
- ledig	17%	13%
- verheiratet	50%	64%
- Lebensgemeinschaft	6%	6%
- geschieden	12%	13%
- verwitwet	15%	4%
Kinderzahl	0,6	1,1

Qualifikation

- Ungelernte	12%	1%
- Facharbeiter	54%	40%
- Meister	3%	7%
- Fachschulabschluß	14%	27%
- Hochschulabschluß	17%	25%

Zum Zeitpunkt der Untersuchung war der Große Dreesch nach Alter und Qualifikation ein durchmischtes Wohngebiet. Die Tendenz zur Segregation der Bevölkerung ist angelegt und im Prinzip auch nicht aufzuhalten, weil sie den sozialen Strukturen dieser Gesellschaft und der zunehmenden Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile auch im Osten entsprechen wird.

Setzt sich die Tendenz zur Migration aus dem Gebiet heraus durch, kann unschwer prognostiziert werden, daß die künftige Dreesch-Bevölkerung:

- tendenziell älter sein wird,
- geringere Einkommen und
- weniger Kinder (auf den Stadtteil, nicht auf die Haushalte bezogen) haben wird,
- eher allein leben und
- eher weiblich sein wird als heute.

Der Prototyp dieser Tendenz wäre dann: die ältere alleinlebende Frau mit geringem Einkommen.

Die Konzepte zur Vitalisierung des Gebietes müssen, um die Tendenz aufzuhalten, gerade an die Abwanderungswilligen adressiert werden, also an die jungen, einkommensstärkeren Familien mit Kindern.

Der Sinn einer solchen Stadtentwicklungspolitik läge darin, die sozialen Konflikte, die mit Verfall und Lethargie einhergehen, zu verhindern, weil sie Ungerechtigkeit und Tragik gerade für die Bewohner/innen bedeuten, die im Gebiet bleiben wollen.

5. Stadterneuerung als Erwerb von Zukunft?

In Neubauwohngebieten wie dem Großen Dreesch pervertiert die Marx'sche Feststellung, daß die Idee zur materiellen Gewalt werden kann. Die Blöcke stehen und ein Abriß verbietet sich aus sozialen, ökonomischen und ökologischen Gründen. Damit verlängert sich die Intention der Ursprungsidee, mittels technischer Entwicklungen soziale Probleme lösen zu können in die Zukunft. Über die Existenz des realen Sozialismus hinaus bleibt das Credo der Moderne bestehen, daß Wachstum die einzige Möglichkeit sei, die Selbstzerstörung zu verhindern. Auf unterschiedlichen Akteursebenen äußert es sich auf je spezifische Weise.

Die Bewohner/innen wünschten sich:

- eine funktionelle Komplettierung des Gebietes vorrangig mit Einrichtungen, die dem Konsum und der Freizeit dienen,
- die Schaffung neuer sozial-räumlicher Gelegenheitsstrukturen für den Aufbau und die Pflege sozialer Kontakte,
- soziale Betreuungsleistungen zur Hilfe bei der Bewältigung von Alltagsanforderungen.

Mit Ausnahme des letzten Punktes gingen die Bewohner/innen in ihren Komplettierungswünschen dabei nicht wesentlich über den Anspruch der ursprünglichen Planung hinaus, die im Zuge der Einsparung von Baukosten nicht vollständig verwirklicht wurde. Der in der

Staatsform weggebrochene Paternalismus des DDR-Sozialismus wird somit aufs neue eingefordert, nur der Adressat ist ein anderer. Den neuen politischen Akteuren bleibt gar nichts anderes übrig, als darauf einzugehen. Diese Ansprüche verstärken sich durch eine resignative Grundhaltung in bezug auf die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten im Wohngebiet. Die Aktivitätsbarrieren, die einerseits durch die Bebauung, andererseits aber auch durch die politische Kultur der DDR gesetzt wurden, ergänzen sich mit enttäuschten Erwartungshaltungen im Verlauf der Wende.

Tab. 5: "Wofür interessieren Sie sich in Ihrem Wohngebiet?" (Mehrfachnennungen möglich)

Interessen	Nennungen
1. keine	86
2. Ordnung und Sauberkeit	48
3. seit der Wende für nichts mehr (!)	33,
4. Grün und Hausgärten	21
5. Parkplätze	6
Sport- und Tanzveranstaltungen	6
weitere Nennungen	56

Die politischen Akteure von der kommunalen Ebene bis hin zur Bundesregierung können erst dann von dieser Anspruchshaltung erlöst werden, wenn es gelingt, Planung für die Bewohner/innen und Emanzipation der Bewohner/innen zu einer Einheit zusammenzuführen. Eine solchermaßen verstandene Planung kann nicht von der Prämisse ausgehen, daß die sozialen Probleme mit ihrer Hilfe beherrschbar seien, denn das würde unweigerlich zu neuen Gewaltstrukturen und Abhängigkeiten führen. Der Akzent der planerischen Arbeit sollte sich u. E. von der objektorientierten auf die prozeßorientierte und prozeßbegleitende Planung verlagern. Wir sind uns durchaus bewußt, daß die Planungsämter mit solchen Forderungen überlastet sind, aber dann müssen Überlegungen angestellt werden, wem sonst solche Aufgaben übertragen werden können. Damit muß die ressortspezifische Aufgabenverteilung in den Stadtverwaltungen durchbrochen werden. Auf der einen Seite muß sich die Stadtplanung gegenüber Inhalten, die traditionelle Arbeitsfelder der Sozialarbeit sind, öffnen, auf der anderen Seite muß die Sozialarbeit ihren "östlichen" Schwerpunkt von Betreuung auf Partizipation lenken. Wenn soziale Probleme nicht per se mit technischen Mitteln kuriert werden sollen, müssen soziale Interventionsmöglichkeiten gefunden werden. Desintegration fordert Integrationsstrategien heraus, Apathie Aktivierungsanstöße, Abhängigkeit erfordert angstfreie Trainingsstrategien. Solche Forderungen sind nicht platt an den Staat zu adressieren. Vielmehr müssen die Betroffenen lernen, ihre Betroffenheit in Handlung umzusetzen.

Wie Erfahrungen aus den alten Bundesländern zeigen (Kunze, 1992), reicht es dazu nicht aus, daß für den begrenzten Zeitraum der Stadterneuerungsmaßnahmen Mietermitbeteiligung organisiert wird, beispielsweise über den befristeten Einsatz von ABM-Kräften im Planungsgebiet. Vielmehr ist es bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt, der sich weniger durch den Begriff der Stadterneuerung als durch den der Bestandssicherung charakterisieren läßt, notwendig, Selbstorganisationsformen im Gebiet zu unterstützen und zu ermutigen, die bei kommenden Erneuerungsmaßnahmen die Interessen der Bewohner/innen vertreten können.

Mögliche Impulse könnten von einem Teil der Vorruehändler/innen ausgehen. Da die unter 50jährigen von Existenzsorgen in Anspruch genommen werden, kann vermutet werden,

daß die Aufbaugeneration der DDR das Muster der 50er Jahre wieder aufnimmt, den Zusammenbruch der Identität mit Aktivität zu kompensieren. Durch sie werden damit Ausschnitte des DDR-Alltags in den verbalen und visuellen Kommunikationsformen ungebrochen in den veränderten gesellschaftlichen Handlungsrahmen übernommen. Vorausgesetzt, diese etwa 55- bis 65jährigen haben den Bruch ihres Lebenslaufs infolge der Wende verarbeitet, können sie eine Potenz für solche Gebiete sein. Sie sind gewissermaßen die "Ureinwohner", die Geschichte des Neubaugebietes ist ein Teil ihres Lebenslaufes. Damit sind die Neubaugebiete in exemplarischer Weise zu Orten der DDR-Geschichte geworden. Zukunft ist nur mit dieser Geschichte möglich.

LITERATUR

- AKADEMIE FÜR STAATS- UND RECHTSWISSENSCHAFT DER DDR; (HG.) 1985: Handbuch gesellschaftlicher Organisationen in der DDR. Berlin (Ost)
- ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN; (HG.) 1992: Jahrbuch Stadterneuerung 1992. Berlin
- FLIERL, Bruno, 1991: Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik; in: Marcuse/Staufenbiel, 1991: 49 - 65
- HOSCISLAWSKI, Thomas, 1991: Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR. Berlin
- KOMPLEXRICHTLINIE für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten. (HG.: Ministerium für Bauwesen) Berlin (Ost) 1976
- KUNZE, Ronald; 1992: Projektorientierte Mieterbeteiligung bei Maßnahmen der Stadterneuerung und Wohnumfeldverbesserung; in: Jahrbuch Stadterneuerung 1992, S. 179-191
- MARCUSE, Peter; STAUFENBIEL, Fred; (HG.) 1991: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Berlin